

# Vossische



# Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends) an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärtig bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zustellpreisl. S. 222), für Gross Berlin bei allen Zeitungs- und Expeditionen sowie in der Haupt-Expedition und in den neubestehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungs-Expedition monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. aussch. Bestellgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellenanzeigen sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung“ 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf. im übrigen Berechnung nach Schriftarten und Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2, Breite Str. 59. Filial-Expeditionen: W. 9, Potsdamer Str. 184, W. 10, Tauentzienstr. 7, W. 62, Lützowstr. 21, S. 14, Neue Köstr. 18, O. 27, Holzmärkerstr. 15. Telephone-Anschlüsse: (Telephone-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 9698, 9699, 9691, 9692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Samstags) Hermann Bachmann in Berlin.

## Das liberale Landtagswahlkompromiß.

Eins der charakteristischsten Momente des jetzigen Landtagswahlkampfes ist das gesamteuropäische Kompromiß, die gemeinsame Schlagfront der fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen. Dieses Kompromiß ist aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß gegenüber dem gemeinsamen Angriff der Gegner, angeht die verdoppelten Anstrengungen der radikalen Kräfte der Liberalismus nur durch ein ähnliches Zusammengehen sich behaupten und — wie es doch dringend erforderlich ist — seine Mandate verwehren kann. Wollten die Liberalen einander auch noch gegenseitig, dann wären die Ausschüßigen für eine Zurückdrängung des konservativen Herrschafts übergeordnet im Abgeordnetenhaus auf Null gesunken, und es wäre sogar wohl noch ein weiteres Vordringen der Konservativen möglich. Hieraus aber würde sich insbesondere für die Nationalliberalen ein durchaus unerwünschter und verhängnisvoller Zustand ergeben, nämlich der, daß ihr Einfluß im Landtage vollständig ausgeglichen wird, wenn die beiden konservativen Parteien für sich allein die absolute Mehrheit erlangen. Bisher bildeten die Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus das Singlein an der Waage. Stommen auch nur sieben konservative Abgeordnete mehr hinein, dann ist die national-liberale Fraktion ohne jede Bedeutung.

In der Provinz Sachsen haben sich die Verhandlungen zwischen den Liberalen recht lange hingezogen; in den allerletzten Tagen aber ist auch hier endgültig ein Abkommen zustande gekommen, das allerdings von Schönheitsfehlern nicht frei ist. Recht bedenklich erscheint vor allem, daß in Sangerhausen-Erdasbeuga die Nationalliberalen nach wie vor mit der Rechten zusammengehen, und es ist nur ein schwacher Trost, daß es sich da nicht um einen Konservativen, sondern um einen Fortschrittlichen handelt. In Namburg-Weißenfels-Bezirk jedoch geschieht das gleiche wie in Zisterburg-Gumbinnen: den zwei konservativen Kandidaten treten (sowohl zwei national-liberale wie zwei fortschrittliche) gegenüber, doch ist hier die Aussicht besonders groß, daß bei der Stichwahl sich alle liberalen Elemente zu einem erfolgreichen Kompromiß zusammenschließen.

nicht von 180 000 Mann gunstigeren Frankreichs besteht, wie Herr Borzibu irrtümlich behauptete. Nun werden in Frankreich wie in Deutschland ein Anzahl Leute zum Dienste ohne Waffe eingezogen, die schließlich angezogen unserer modernen Kriegführung nicht als Kombattanten in Rechnung gestellt werden können, wenn es sich um einen Vergleich zwischen der zahlenmäßigen Stärke der für die Einziehenden auf dem Schlachtfeld in Betracht kommenden Truppen der beiden Nachbarmächte handelt. Aber selbst wenn man diese zum Dienst ohne Waffe eingestellten Leute — etwa 88 000 in Frankreich und 2700 in Deutschland — zum Abzug bringt, so zeigt eine einfache Rechnung, daß Deutschlands Überlegenheit auch dann nur 86 000 bis 86 000 Mann beträgt, also nur etwa die Hälfte dessen, was der französische Ministerpräsident vor seinen Zuhörern in Caen als Tatsache angab.

## Die Botschafter-Konferenz verträgt.

London, 8. Mai. Die Botschafter sind heute nachmittag im Außenamt zum Zusammenkommen. Sie erörterten die Zukunft von Estland und die Frage der staatlichen Gestaltung Albanien im allgemeinen. Die Botschafterkonferenz dauerte 2½ Stunden. Die nächste Vereinigung wird nicht vor dem 20. Mai stattfinden, außer wenn die Lage, die sich sehr gebessert hat, sich weiter zu entwickeln sollte.

Auch für Kurhessen ist es zu einer Einigung gekommen; in dem anderen Teile von Hessen-Nassau dagegen, im Regierungsbezirk Wiesbaden, hat sich jetzt ebenfalls wie bei den Reichstagswahlen ein Abkommen erzielen lassen.

Leider ist mit den oben aufgeführten die Zahl der provinziellen Abmachungen zwischen den Liberalen überhaupt erschöpft. In der Rheinprovinz sind indessen wenigstens noch für einzelne Wahlkreise Kompromisse abgeschlossen worden, so für Rhenne-Rheinisch-Solingen und Elberfeld-Barmen, wo ja schon von Altersher die Liberalen gemeinsam vorgehen. Ebenso sind Teilergebnisse in Westfalen erzielt: es sei besonders auf Altena-Niederlöhne aufmerksam gemacht, wo beide national-liberale Kandidaten von der fortschrittlichen Volkspartei rückfälllos unterstützt werden, und auf Hagen-Schelpeln, wo wie in Hirschberg die Fortschrittler der anderen liberalen Gruppe ein Mandat abgetreten haben.

Die das neutrale Bureau erhält, hat die Botschafterkonferenz keine Einigung über die Wichtigkeit getroffen. Der Vorschlag Österreich-Ungarns und Italiens über Albanien war unterbreitet worden, aber es fand keine Erörterung darüber statt, und unterschied sich dahin, ihn den Regierungen aller Großmächte zuzustellen und diese davon zu unterrichten, daß die Botschafter für einige Tage nicht zusammenkommen werden, damit die Regierungen den Vorschlag prüfen können. Es wurden Einzelheiten der Räumung von Estland behandelt, die Frage der Grenze Albanien wurde jedoch nicht berührt. Die Antwort der verbündeten Balkanstaaten wegen des Vorfriedens ist noch nicht eingetroffen.

Ganz ergebnislos sind dagegen die Verhandlungen in der Provinz Hannover geblieben. Zu den sachlichen Differenzen kamen da auch noch örtliche und persönliche, gegen die anzukämpfen unmöglich war. Wenn nur aber die dortigen Nationalliberalen der fortschrittlichen Volkspartei zum Vorkauf machen, daß sie durch ihre Sonderagitierung die Sache des Gesamtliberalismus gefährde, so ist das vollständig unrichtig. In einer großen Reihe von Wahlkreisen unterstützt der Freiheit auch in Hannover ohne Vertrag die Nationalliberalen. Dort aber, wo er allein vorgeht — es sind das dreizehn nur ganz wenige Bezirke — liegt absolut keine Gefahr vor, daß daraus die Reaktion Vorteile ziehen wird.

## England und das albanische Problem.

London, 8. Mai. Im Unterhause lenkte der Unionist Andrew Herbert die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Lage auf dem Balkan und nahm dabei besonders auf Albanien Bezug. Er machte den Vorschlag, eine Gendarmerie unter ausländischen Offizieren bilden zu lassen, um Albanien gegen die Einfälle von Banden aus den benachbarten Gebieten zu schützen. Albanien solle ferner soweit als möglich wirtschaftliche Freiheit erhalten. Der Unionist Walter Guinness bemerkte, daß ein schwaches Albanien, das infolge Armut, Unzufriedenheit und Mordrate im Innern andauernd gewisse, nahe interessierte Mächte zum Einschreiten ermuntere würde, ein Unglück sein werde. Der Unionist Anson schlug vor, daß Montenegro Estland von Albanien kaufen sollte.

Ganz anders dagegen steht es in Schleswig-Holstein. Hier hatte die fortschrittliche Volkspartei in den vorläufigen Besprechungen des vorigen Jahres das denkbar größte Entgegenkommen gegen die Nationalliberalen gezeigt und eine Unterstützung angeboten, die deren Sieg in mehreren agrarisch vertretenen Kreisen hätte herbeiführen müssen. Aber vergeblich! Die schleswig-holsteinischen Nationalliberalen unter der Führung des Abg. Schifferer fühlten sich um so mehr zu den Konservativen hingezogen, als sie von ihnen bei den Reichstagswahlen Unterstützung erhofften. Sie haben das fortschrittliche Anerbieten abgelehnt und in der überwiegenen Mehrzahl der Wahlkreise mit den Konservativen Bündnisse geschlossen. Somit bietet die Provinz Schleswig-Holstein das Schaulpiel, daß eine liberale Gruppe an der Seite der Agrarkonservativen gegen den Liberalismus kämpft.

Der liberale Bryce nahm auf die Botschafterkonferenz Bezug und sagte, Grey sei von Rußland und Österreich durch außerordentlichen Entgegenkommen unterstützt worden. Wenn das Haus an die traditionellen Eifersüchtigkeiten und an die Schwierigkeiten denke, die sich in Verbindung mit den Besprechungen ergeben, so müsse es zugeben, daß, wenn nicht das Entgegenkommen und die Mäßigung dieser beiden Mächte gewesen wären, die Bemühungen und die unermüdbare Geduld Greys nicht imstande gewesen wären, die Verhandlung erfolgreich zu Ende zu führen.

Es steht daher allerletzt daran, daß eine kündenlose Schlachtreihe aller Liberalen gleich bei den Urwahlen in die Erschütterung tritt. Doch immerhin! Die Front, in der alle Liberalen gemeinsam kämpfen, ist groß, und wenn, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, die verbündeten Oberbünden ihren Bestand behaupten und dazu noch den Reichstagswahlen eine Anzahl Mandate abgeben, so hat das Vorkauf eine Anzahl jener beschränkten Gestalt seine Schandigkeit getan. Es wird daher den Liberalen für spätere Zeiten den Weg weisen, den sie zu gehen haben, um sich immer weitere Geltung zu verschaffen.

Parlamentssekretär Ireland, der an Stelle Sir Edward Grey, der an der Sitzung der Botschafterkonferenz teilnahm, das Wort ergriß, kam auf die Worte Andrew Herberts zurück, der vom Griechisch auf dem Balkan gesprochen hatte, und sagte: „Unter Gleichgewicht verliere ich im allgemeinen die Balance der entgegengesetzter Kräfte. Ich vertraue darauf, daß die zukünftige Lage der Balkanstaaten mehr als das sein wird, nämlich ein Zusammenarbeiten, wenn nicht ein Bund besunderer Mächte, gegründet auf gegenseitige Achtung und den Wunsch, zu leben und leben zu lassen. Europa kann sich dazu beglückwünschen, daß die kritischen Fragen, die die türkische Existenz Albanien als ein unabhängiges Staatswesen hätten bedrohen können, gelöst sind, und daß jetzt die einzige Sorge die ist, es Albanien zu ermöglichen, ebenso unabhängig zu leben wie die anderen Balkanstaaten, und sich in Zukunft einer gesunden Entwicklung und zivilisatorischer Fortschritte erfreuen zu können. Wir fühlen eine große Erleichterung dadurch, daß Estland nicht länger in der Verantwortung der Vereinigung zwischen der deutschen und französischen Großmächten verbleibt. Man kann die verarmtesten montenegroischen Stellen nicht weniger in ihrem eigenen Interesse als in dem Europas ihre beglückwünschen, daß sie, wenn ich dieses Bild gebrauchen darf, von dem Banne heruntergelassen sind, bevor er durch eine Explosion in die Luft gesprengt wurde, die ganz Europa in Brand hätte setzen können.“

## Eine deutsche Note für Barthou.

Das deutsche und das französische Heer.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird halbamtlich nachstehende Note veröffentlicht: Auf einem Bankett in Caen hielt am letzten Sonntag der französische Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er unter anderem ausführlich auf das Heer über die dreijährige Dienstzeit einging und dessen Einbringung mit der Behauptung begründete, daß zwischen dem französischen und dem deutschen Heer, selbst wenn man die bereits erfolgten Erigerungen und das gegenwärtig in Deutschland beschlossene Gesetz nicht berücksichtigt, ein Unterschied von 180 000 Mann bestehe. Wir lernen die Quellen nicht, aus denen der französische Ministerpräsident sein Material für diese Berechnung der Friedenspräsenzstärke des deutschen und des französischen Heeres schöpfte, aber wir müssen festhalten, daß seine Angabe, das deutsche Heer sei heute schon zu Friedenszeiten um 180 000 Mann stärker als das französische, mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang steht. Die Gesamtstärke des deutschen Heeres beträgt im Frieden einschließlich der Kapitulanten und Einberufenen 641 000, die des französischen 581 000 Mann, und daraus ergibt sich, daß zwischen den beiden Armeen nur ein Unterschied von 60 000, und

Es ist daher für diese Partei keineswegs ein Diebstahl mit dem „Abdultismus“, sondern einzig und allein eine Forderung der Selbstbehaltung, wenn sie die Zahl der konservativen Mandate nach Möglichkeit herabzudrücken sucht, und wenn sie deshalb auch dort, wo sie sich bisher mit den Konservativen in die Mandate des Wahlkreises geteilt hat, den Anspruch nach rechts ausstreckt und ihre Mandate im Verein mit der fortschrittlichen Volkspartei zu behalten trachtet. Bedauerlich bleibt nur, daß dies nicht überall geschieht. Bedauerlich sogar in manchen Wahlkreisen, die nur einen Abgeordneten zu wählen haben, die Nationalliberalen von vornherein den Konservativen Heeresfolge leisten! Es ist nämlich nicht gelungen, das liberale Wahlabkommen auf alle Provinzen und alle Wahlkreise auszubehnen. So wie es Geltung erlangt hat, umfaßt es nur einen Teil Preussens, wenn auch der für den Kampf mit der Reaktion bedeutungsvollsten.

In Ostpreußen kämpfen Fortschrittler und Nationalliberale liberaler Schüler an Schülern mit Ausnahme von Zisterburg-Gumbinnen, wo die Nationalliberalen die Zahl des Getrenntmarshierens und Vereinstagelagens vorgezogen haben, eine Wahl, die bei den Landtagswahlen wenig empfehlenswert ist. Dort liegen also den beiden konservativen und nationalliberalen und zwei fortschrittlichen Kandidaten entgegen, so daß auch Wahlmänner aller drei Parteien zu wählen sind. Um so erfreulicher ist es, daß in Lissa-Wieherung das bisherige konservativ-nationalliberale Bündnis gelöst und ein Zusammengehen der beiden liberalen Parteien auch schon bei den Urwahlen vorgezogen ist.

Westpreußen fällt zum Teil unter das gesamteuropäische Kompromiß. In den Wahlkreisen, die außerhalb liegen, ist auch ein Kooperations des Liberalismus herbeigeführt worden. Das gilt namentlich für Elbing und Danzig.

In Berlin repräsentiert die fortschrittliche Volkspartei in allen 11 Bezirken allein den Liberalismus, nur im 12., in Moabit, das mit Wühle in der Nachbarschaft den Sozialdemokraten wieder abgerungen ist, wollen die Nationalliberalen ihr Heil versuchen. Ihre Spekulation auf konservativer Hilfe schon bei den Urwahlen ist fehl geschlagen. Ob sie durch ihr gehobenes Vorgehen nicht den Liberalismus schädigen und den Wahlkreis wieder den Sozialdemokraten überantworten, das wird sich ja bald herausstellen; an Warnungen hat es wahrhaftig nicht gefehlt.

In der Provinz Brandenburg umfaßt das gesamteuropäische Abkommen die sämtlichen Wahlkreise bis auf Brandenburg-Weißhollern. Man wird sich entfennen, daß die Nationalliberalen dieses Wahlkreises auch bei dem Reichstagswahlkompromiß Schwierigkeiten gemacht haben. Bei den vorigen Landtagswahlen stieg die Konservativen hier gegenüber den Freisinnigen und Sozialdemokraten nur mit einer Stimme Mehrheit. Deshalb darf man auf den Ausgang des diesjährigen Wahlkampfes in Weißhollern überaus gespannt sein. Besonders Interesse erregen dann auch die um Berlin gelegenen Wahlkreise, namentlich Teltow-Weesow, wo je ein fortschrittlicher und nationalliberaler Kandidat, und in Ober- und Niederbrand, wo zwei fortschrittliche und ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt sind. Hier wie in Weißhollern wird viel auf die Haltung der Sozialdemokraten ankommen.

Auch Schleien hat so einen interessanten Wahlkreis. Das ist Dresden, wo den drei reaktionären sowie den drei liberalen Kandidaten die Sozialdemokraten als bedeutungsvolle Macht gegenüber stehen. Im übrigen ist in dieser Provinz bis auf die Kreise mit ihren verweideten nationalen und politischen Beschäftigten ein vollkommenes Zusammengehen beider liberalen Parteien gescheit. In Ostfriesland, wie in Lissa, das jahrelange Kompromiß der Nationalliberalen mit den Konservativen gelöst worden. Allerdings haben die Hirschberger Fortschrittler das wahrhaftig nicht leichte Opfer gebracht, eins ihrer Mandate den Nationalliberalen zu überlassen.